in der Lage sein, wie sich die übrigen Mächte zu der Streitfrage stellen. Der bisherige Vertreter Frankreichs in Japan, Tricou, ist unterwegs, um sein Beglaubigungsschreiben in Peking zu überreichen, es wäre jedoch möglich, daß er sich genöthigt sähe, noch vor Erreichung seines Reisezieles wieder umzukehren. Die Franzosen haben alle Ursache, ihre Unternehmung gegen Hanoi zu beschleunigen, wenn nicht die 250 Franzosen, welche die Citadelle besetzt halten, das Schicksal Rivière's und der mit ihm Gefallenen 150 theilen sollen. Der Rachekrieg ist angekündigt und die Ausführung wird der Absicht auf dem Fuße folgen. Wenn das vom Admiral Meyer nach Haiphong gesandte Bataillon in Hanoi anlangt, werden die Anamiten und Chinesen von der schwarzen und gelben Flagge den Angriff der Franzosen auszuhalten haben und entweder der Entsatz der Citadelle oder die Niederlage der Franzosen wird das vorläufige Ergebniß sein. Aber was wird dann weiter geschehen? Die Franzosen haben die bestimmte Absicht ausgedrückt, Tonkin zu annectiren und wenn sie diese Absicht ins Werk setzen, werden sie auf den Widerstand der Chinesen stoßen, denn auch die Chinesen haben klar und deutlich verkündet, daß sie die Besitznahme Tonkins durch die Franzosen nicht dulden werden. England hat ein dringendes Interesse daran, einen Krieg zwischen Frankreich und China zu verhindern, und deshalb wird es alle Kräfte aufbieten, um einen Ausgleich herbeizuführen. Die alleinige Bedingung, unter welcher die Sache friedlich beigelegt werden kann, ist, daß Frankreich nach Züchtigung der Anamiten sich befriedigt erklärt und auf die dauernde Besitznahme Tonkins Verzicht leistet. Um Wiederholungen des Blutbades von Hanoi zu verhindern, kann vielleicht eine starke französische und chinesische Besatzung in diese Stadt gelegt werden, aber etwas Weiteres kann China nach seiner bisherigen Haltung in der Streitfrage nicht zugestehen und England wird China seine moralische Unterstützung gewähren. Man kann nicht sagen, daß dadurch die englisch-französische Freundschaft gestärkt werden wird.

Leipzig, 3. Juni 1883.

* Die Commissionsberathung des Unfallversicherungs-Gesetzes hat am Donnerstag Abend zu einem vorläufigen Mißerfolge geführt. Nach einer durch zwei lange Sitzungen geführten Discussion sind alle Vorschläge betreffs der Organisation der Unfallversicherung beseitigt worden. Das complicirte System der Regierungs-Vorlage welches die gesammte Industrie einerseits in territorial abgegrenzte Betriebsgenossenschaften oder Betriebsverbände, andererseits in das ganze Reich umfassende Gefahrenclassen eintheilt, hat nirgends rechte Sympathie gefunden. Von liberaler Seite ist von vornherein betont worden, daß man am besten thun würde, zwar den Zwang zu versichern, allgemein einzuführen, das Wie der Versicherung aber unter gewissen gesetzlichen Garantien der Selbstbestimmung der Verpflichteten zu überlassen. Diesem Standpuncte entsprach in den erwähnten Verhandlungen ein Antrag Gutfleisch-Buhl, nach welchem die Versicherung durch die Unternehmer der versicherungspflichtigen Betriebe entweder freiwillig bei einer zu diesem Zwecke im deutschen Reiche zugelassenen Versicherungsanstalt (Genossenschaft oder sonstigen Versicherungsgesellschaft), oder, wenn dies nicht geschieht, zwangsweise durch Betriebsverbände zu bewirken ist. Dem Gedanken der reinen Zwangsversicherung der Regierungs-Vorlage näherte sich am meisten ein Antrag Moufang, welcher die Versicherung, durch territorial abgegrenzte Verbände aller versicherungspflichtigen Betriebe ohne Unterschied bewerkstelligen und nur ausnahmsweise, unter schwer zu erfüllenden Bedingungen, einzelnen Betrieben die Möglichkeit gewähren wollte, aus dem Zwangsverbande auszuscheiden und sich mit gleichartigen Betrieben anderer Bezirke zu einer Betriebsgenossenschaft zu vereinigen. Mit dem Moufang'schen Plane stimmte ein Antrag Lohren ziemlich überein, nur daß derselbe die Bildung von Betriebsgenossenschaften erleichtern wollte. Von conservativer Seite war am Mittwoch ein Antrag gestellt worden, nach welchem sämmtliche im Bezirke einer höheren Verwaltungsbehörde belegene versicherungspflichtige Betriebe einen Betriebsverband bilden und die demselben Industriezweige angehörenden Betriebe eines, mehrerer oder sämmtlicher Betriebsverbände, je nach der Gesammtzahl der in denselben beschäftigten Personen, zu Berufsgenossenschaften vereinigt werden sollten. Die Versicherungslast sollte alsdann zu einem noch unbestimmt gelassenen Theile von dem einzelnen Verbande, zum anderen Theile von der Genossenschaft getragen werden. Neben dieser Organisation einer Zwangsversicherung aber enthielt der Antrag folgende Bestimmung: „Diejenigen Betriebe, deren Unternehmer nachweisen, daß sie gemäß den vom Bundesrath zu erlassenden Normativbestimmungen für die in ihrem Betriebe beschäftigten Personen volle Sicherheit gegen alle Unfälle gewähren, sind zum Beitritt zu dem Betriebsverbande nicht verpflichtet." Am Donnerstag nun hatten die Conservativen ihren Antrag wesentlich geändert. Die zwangsweise Bildung von Berufsgenossenschaften war aufgegeben und die Last der Unfallentschädigung zwischen dem Betriebsverbande, in dessen Bereiche der Unfall sich ereignet hat, und der Gesammtheit aller Betriebsverbände im Reich getheilt. Dies mag in der Richtung stärkerer Garantien für die Leistungsfähigkeit der Versicherung unbedenklich als eine Verbesserung betrachtet werden. Andererseits aber war in dem neuen Antrage die oben wörtlich wieder gegebene Bestimmung über die Befreiung von der Beitrittspflicht gegenüber den Betriebsverbänden beseitigt und an ihre Stelle gesetzt worden: „Unternehmer der unter §. 1 fallenden Betriebe können nach Maßgabe der §§. x—y zu Betriebsgenossenschaften zusammentreten". (Die §§. x—y sollten die Normativbestimmungen für diese freien Genossenschaften enthalten.) Im Laufe der Debatte wurde diesem Paragraphen noch ein Zusatz eingefügt, durch welchen die Gegenseitigkeitsgesellschaften ausdrücklich als unter die „Betriebsgenossenschaften" fallend erklärt und auch die bereits bestehenden derartigen Gesellschaften, selbstverständlich unter der Bedingung der Erfüllung der Normativbestimmungen zugelassen würden. Der hauptsächlichste Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Antrage der Conservativen lag somit darin, daß jener die Frage, ob auch Actiengesellschaften zugelassen werden sollen, offen gelassen hatte, während dieser sie verneinte. Um diese Frage der Actiengesellschaften drehte sich denn auch recht eigentlich die Debatte, selbstverständlich ohne daß den seit Jahren erörterten Gründen und Gegengründen etwas Neues hinzugefügt werden konnte. Von Interesse war eine Erklärung des Directors im Reichsamt des Innern, Bosse, gegen die Aufnahme der Actiengesellschaften. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Gutfleisch-Buhl mit Stimmengleichheit (Conservative und Centrum geschlossen gegen sämmtliche Liberale), der Antrag Lohren gegen die einzige Stimme seines Autors, der Antrag Moufang gegen die Stimmen des Centrums abgelehnt. Zu dem neuen Antrage der Conservativen hatte Buhl einen Unterantrag auf Zulassung der Actiengesellschaften gestellt. Nachdem derselbe gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgeworfen war, wurde der ganze Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt. Alsdann kam der von Buhl wieder aufgenommene ältere Antrag der Conservativen zur Abstimmung. Man hätte erwarten dürfen, daß außer den Conservativen die gesammte Linke für denselben stimmen und so eine Basis für das Gesetz gefunden werden würde. Fortschritt und liberale Vereinigung versagten indeß, so daß auch dieser Antrag und ebenso die entsprechenden Bestimmungen der Vorlage beseitigt wurden. An Stelle der wichtigsten grundlegenden Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes befindet sich also jetzt ein Vacuum. Wenn nichts desto weniger die Mehrheit der Commission die Weiterberathung des Entwurfs beschloß, so that sie es in der Ueberzeugung, daß sich in der zweiten Lesung eine positive Verständigung über die hier in Rede stehenden Puncte ohne große Schwierigkeiten finden lassen wird.

* Der „Allgemeine deutsche Schulverein" zu Berlin versendet soeben das diesjährige 2. Correspondenzblatt. Wie es scheint, nöthigen die verhältnißmäßig noch geringen Einnahmen des Vereins zu einer Einschränkung des Blattes, wahrscheinlich werden dieses Jahr nicht sechs Nummern, wie im Vorjahre, sondern deren nur vier ausgegeben werden. Das 2. Correspondenzblatt, eine stattliche Broschüre von 56 Seiten, enthält wie die früheren Publicationen des Vereins eine Reihe interessanter Artikel und kurzer Mittheilungen. Der erste Artikel beschäftigt sich mit der bekannten Resolution gegen den ungarischen Mittelschulgesetzentwurf, die am 16. Februar in Berlin in einer von den Reichstagsabgeordneten G. von Bunsen, Eberty, Fr. Kapp, Meyer und Schläger veranlaßten und von vielen hervorragenden Mitgliedern des Reichs- und Landtags und zahlreichen Berliner Notabilitäten besuchten Versammlung einstimmig angenommen wurde. In einem zweiten Artikel wird auf die Bedeutung des ungarischen Mittelschulgesetzentwurfes aufmerksam gemacht, in einem dritten Aufsatze eine Parallele zwischen der Lage der Polen in Posen und der Stellung der Sachsen in Siebenbürgen gezogen. Von besonderem Interesse ist der von Dr. W. Breitenbach in Porto Alegre verabfaßte Bericht über „die deutschen Schulen in der brasilianischen Provinz Rio Grande do Sul." Erhalten wir auch kein vollständiges Bild von den deutschen Schulen unserer Landsleute im südlichen Brasilien, so müssen wir doch für das Gebotene dankbar sein, da nun wenigstens ein vielversprechender Anfang zur Kenntniß des dortigen deutschen Schulwesens gemacht ist. Ein erfreuliches Bild ist es freilich nicht, das uns Breitenbach entwirft. In der Hafenstadt Porto Alegre ist das deutsche Schulwesen arg zersplittert. Nachdem Dr. Aust daselbst, früher Realschuldirector zu Lippstadt in Westfalen, seine Mädchenschule aufgegeben und seine Knabenschule in ein brasilianisches Colleg mit ausschließlich portugiesischer Unterrichtssprache umgewandelt hat, bestehen in Porto Alegre noch 5 deutsche, keineswegs gute Schulen, die zusammen von etwa 250 deutschen Kindern besucht werden. Vielleicht gelingt es dem in Porto Alegre neu gegründeten deutschen Schulverein, das Schulwesen in die Höhe zu bringen. Ebenso schlimm wie in Porto Alegre steht es mit den deutschen Schulen in den weit zerstreuten deutschen Ansiedlungen. Zu kurze Schulzeit, unregelmäßiger Schulbesuch, ungenügende Schullocale, dürftige Lehrmittel, knappe Besoldung und vielfach unzureichende Vorbildung der Lehrer haben das Aufblühen der deutschen Schulen bisher verhindert. Und doch ist es gerade von der höchsten Wichtigkeit, daß der Nachwuchs der deutschen Colonisten eine gute deutsche Schulbildung empfängt, damit der Entnationalisirung unserer Landsleute vorgebeugt werde! Ein Auszug aus den zweitägigen Debatten über den ungarischen Mittelschulgesetzentwurf schließt die Reihe der größeren Aufsätze. Aus den Vereinsnachrichten ist hervorzuheben, daß neue Ortsgruppen in Crossen a. O., Guben, Oppeln, Straßburg im Elsaß und zu Neustadt a. O. entstanden sind, daß der Centralvorstand im laufenden Jahre 1670 Mark zur Unterstützung deutscher Schulen und Gemeinden in Oesterreich-Ungarn, Bosnien, der Türkei, Luxemburg, Finnland und Brasilien bestimmt hat und daß dem Vereine durch Einzelspenden, wie durch ein Concert und durch einen Vortrag des Prof. A. W. Hofmann nicht unbeträchtliche Einnahmen erwachsen sind. Um zu verhüten, daß sehr berechtigte Gesuche aus Mangel an disponiblen Mitteln zurückgewiesen werden müssen, während andere von verschiedenen Ortsgruppen über Gebühr berücksichtigt werden, ersucht der Centralvorstand die Landesverbände und Ortsgruppen, von den selbstständig gewährten Unterstützungen nach Berlin Kenntniß zu geben. Von den kleineren Mittheilungen im Correspondenzblatt verdienen noch besondere Erwähnung: das Rechtsgutachten der Münchener Juristenfacultät über die Nationsuniversität der Siebenbürgener Sachsen, die Besprechung der Broschüre: M. Bär, „die Bamberger bei Posen", das im Kladderadatsch (25. März 1883) gedruckte Gedicht: „An die Sachsen in Siebenbürgen" und das Absageschreiben des Professors Kiepert an die ungarische geographische Gesellschaft zu Ofen-Pest.

* Die Landtagswahlen in Tirol sind beendet. Der Großgrundbesitz sendet in den Landtag 10 Liberale, welche mit 103 gegen 47 Stimmen gewählt sind; die Handelskammern 3 Liberale; die Städte 10 Liberale und 3 Klerikale; die Landgemeinden 4 Liberale (nur aus Italienisch-Tirol) und 30 Klerikale. Dazu kommen noch die 4, natürlich klerikalen Vertreter der geistlichen Stifte und die 4 Virilstimmenbesitzer, von denen der Erzbischof von Salzburg und die Bischöfe von Trient und Brixen mit den Klerikalen, der Rector der Innsbrucker Universität mit den Liberalen stimmen. Es stehen sich also bei vollbesetztem Hause 40 Klerikale und 28 Liberale gegenüber. — In Galizien stehen noch die Wahlen des Großgrundbesitzes aus, der Charakter des neuen Landtages ist jedoch durch die bisherigen Wahlen schon entschieden. Der galizische Landtag besteht aus 151 Abgeordneten, von denen der Großgrundbesitz 44, Städte und Handelskammern 23 und die Landgemeinden, d. h. in Galizien, die Bauern, 74 entsenden. Dazu kommen noch 10 Virilstimmen von 3 Erzbischöfen und Bischöfen und den Rectoren der Universitäten Lemberg und Krakau. Die Vertheilung der Abgeordneten zeigt schon, wie an Zahl überwiegend in dem Lande von beinahe 6 Millionen Einwohnern der Bauernstand ist; wie überwiegend dagegen, ja allein maßgebend der Einfluß des Adels ist, beweist der Umstand, daß unter den 74 Abgeordneten der Landgemeinden 50 adlige Grundbesitzer und 11 Bezirksvorsteher (meist auch Adlige) gezählt werden. Dies Resultat beweist, wie tief in Galizien die Bildung steht. Die Interessen der adligen Grundbesitzer und der Bauern stehen meist im schroffsten Gegensatze, so legen z. B. die Landesgesetze die Lasten des Straßenbaues beinahe allein den Bauerngemeinden auf, und dennoch sind diese unfähig, sich dem Einflusse des Adels zu entziehen. Was die polnischen Bauern betrifft, so könnte man die Unterordnung noch aus nationalen Sympathien erklären, die 2½ Millionen Ruthenen jedoch sahen vor wenigen Jahren noch im polnischen Edelmann den verhaßten Gegner ihrer Nation. Heute aber unterwerfen sie sich seinem Einflusse ebenso willenlos. Da die 44 Abgeordneten des Großgrundbesitzes selbstverständlich zum Adel gehören, so wird derselbe, ohne diejenigen Adligen zu zählen, welche einzelne Städte gewählt haben, unter den 151 Abgeordneten über 115 Stimmen verfügen. Solch' ein Adelsparlament giebt es nirgendwo in Europa; man könnte beinahe glauben, den alten polnischen Reichstag erstanden zu sehen. Und das ist das Werk des Centralcomités, dessen Autorität sich nur wenige Wahlkreise zu entziehen wagten. Unter den letzteren hat ein merkwürdiges Beispiel von Selbstständigkeit der Städtebezirk Stanislau gegeben, dessen bisheriger Abgeordnete der durch seine Klage gegen den Bauunternehmer der galizischen Transversalbahn bekannte Herr von Kaminski war. Da die Untersuchung in dieser Angelegenheit eingeschlafen zu sein schien, sah Herr v. Kaminski keinen Grund, nicht als Candidat aufzutreten, wozu ihn auch Dr. Smolka ermunterte. Da das Centralwahl-Comité mit Recht fürchtete, durch diese Candidatur die für den Polenclub mißliebige Sache wieder in Erinnerung gebracht zu sehen, mahnte es in verschiedenen Sendschreiben die Wähler von Stanislau, Herrn Kaminski aufzugeben, und diesem selbst ließ es die Drohung zukommen, er solle es bereuen, wenn er nicht freiwillig zurücktrete. Kaminski antwortete jedoch ablehnend und ist zum Landtagsabgeordneten gewählt worden.

* Aus Wien kommt eine bemerkenswerthe Nachricht. Es hat sich dort ein „Katholischer Verein" gebildet, dem nur Mitglieder des kaiserlichen Hauses, hohe kirchliche Würdenträger und ultramontane Aristokraten angehören; unter ersteren befindet sich auch der Feldmarschall Erzherzog Albrecht. Der ausgesprochene Zweck des Vereins ist, man sollte es kaum glauben, die „Katholisirung Bosniens", beziehungsweise die „Bekehrung" der dortigen griechisch-orthodoxen Serben und Mohamedaner. Wer den tief wurzelnden Widerwillen kennt, welchen gerade die serbische Bevölkerung Bosniens gegen den Katholicismus hegt, ein Gefühl, das nicht minder von den Mohamedanern getheilt wird, der wird sich sagen müssen, daß die Bestrebungen des neuen „Katholischen Vereins" in Wien ganz das richtige Mittel sind, um in Bosnien gegen die österreichische Occupation neue Conflicte und Aufstände hervorzurufen. Die Katholisirungsversuche Oesterreichs in Bosnien bildeten ohnedies schon eine der Veranlassungen der jüngsten Aufstände, was aber seitens der Wiener Officiösen sorgfältig verschwiegen wurde. Daß die katholische Propaganda in Bosnien auch Rußland sehr übel vermerken und zu Protesten veranlassen wird, ist unschwer vorauszusehen, weil ja Rußland bekanntlich der religiöse Schirmherr aller griechisch-orthodoxen Slaven ist.

* Die „Moskauer Zeitung" gedenkt, wie schon kurz erwähnt, der allgemeinen Theilnahme, die sich bei der neulichen Verbreitung der, glücklicherweise nicht begründeten, ungünstigen Nachrichten über das Befinden des Kaisers Wilhelm in allen Kreisen der Bevölkerung gezeigt und zu massenhaft eingehenden Erkundigungen bei der deutschen Vertretung in St. Petersburg geführt habe. Das Blatt fügt hinzu, es habe das wiederum den Beweis geliefert, wie das Volk in dem deutschen Kaiser den wahren, guten, erprobten Freund Rußlands erblicke. — Ueber die mehrfach erwähnten „Unruhen" in Petersburg wird noch der „Kölnischen Zeitung" von dort geschrieben:

Der hagere lange Stadthauptmann Gresser war anfangs mit seiner offenen Kaparekutsche überall und wie gewöhnlich allzu schneidig. Die Polizei spielte schließlich, da sie ihren Forderungen keinen Nachdruck zu verleihen wußte, eine äußerst klägliche Rolle und wurde vom Pöbel, der allerlei Unfug verübte, den Leuten die Hüte vom Kopfe schlug, brüllte, Hurrah schrie und alle Wagen angriff, unter Hohngelächter zurückgedrängt. Zu einem Putsch kam es aber auch nicht annähernd; gute Vorsichtsmaßregeln und einige Kosaken würden genügt haben, den rüpelhaften Ausschreitungen der theils betrunkenen, theils übermüthigen Menge zu begegnen. Die Sache wurde aber sogleich als Hochverrath aufgefaßt, weil an irgend einer Stelle eine Fahne mit den Nationalfarben von einem Trunkenbolde herabgezerrt wurde. Gewissen Kreisen kommt es nämlich sehr gelegen, die für unnational geltenden Petersburger den Moskauer Geldsäcken gegenüber dem Kaiser als schlecht gesinnte Unterthanen hinzustellen. Die Anklage des Ober-Polizeimeisters richtet sich auch augenscheinlich nicht gegen das niedere Volk, sondern gegen die sogenannte Petersburger Intelligenz, die den nationalen Russen ein Dorn im Auge ist. So wurde z. B. das Volksfest auf dem Marsfelde doch noch gestattet, der Häuserschmuck aber und die Flaggen mußten sämmtlich entfernt werden. Diese Züchtigung war direct gegen die besseren Classen gerichtet. Im Regierungs-Anzeiger steht, der Oberpolizeimeister überlasse es den Einwohnern, die Häuserausschmückung beizubehalten, blos die Erleuchtung wäre aufzuheben. Diese Darstellung deckt sich jedoch nicht mit den Thatsachen. Die Revier-Officiere der Polizei befahlen einfach, allen Schmuck und die theilweise sehr kostspieligen Verzierungen, Büsten, Springbrunnen u. s. w. zu entfernen. Daß dadurch den Haus- und Logisbesitzern großer Schaden erwächst, wenn zum Einzug des Zaren in seine zweite Residenz alles von Neuem hergestellt werden muß, danach fragt Niemand. Die Polizei schien auch schließlich einzusehen, daß der plötzliche Abbruch der Feier sich nicht allein durch pöbelhafte Ausschreitungen des vorigen Abends begründen lasse, und verbreitete selbst das schon aufgetauchte Gerücht, der Kaiser Wilhelm sei plötzlich gestorben, eine Börsenschwindelei, welche von Börsenkreisen aus schon zwei Tage früher in Umlauf gesetzt worden war, aber nicht früher Glauben fand, als bis die örtliche Polizei dasselbe unterstützte und bekräftigte. Die Wirkung dieser Ente war ungeheuer. Die deutsche Botschaft wurde überstürmt; um den müßigen und theilnehmenden Fragern zu entgehen, wurde die Reichsflagge auf der Botschaft aufgezogen, und weil der Lärm über den angeblichen Tod unseres Kaisers immer größer wurde, sahen sich einige russische Blätter und schließlich sogar der Regierungs-Anzeiger genöthigt, besondere Ausgaben (!) herauszugeben, welche die falsche Nachricht Lügen straften. Die Feier des Volksfestes auf dem Marsfelde verlief ohne jede Störung; sie begann wie gewöhnlich mit der von den anwesenden Musikcorps gespielten Zarenhymne, welche die Menge entblößten Hauptes anhörte, und endete um 9 Uhr ohne jeden Zwischenfall. Wie wenig die Menschen zur Empörung geneigt waren, sieht man daraus, daß sie nicht einmal darüber murrten, daß man ihnen die Stadtbeleuchtung und einen großen Theil der ihnen angekündigten und versprochenen Vergnügungen raubte: Alles ging vom Marsfelde weg still nach Hause. Wie es allgemein heißt, ist der Einzug des Kaisers in Petersburg, der am letzten des russischen Monats stattfinden sollte, durch die jüngsten Vorgänge hierselbst oder vielmehr durch deren gefärbte Darstellung in Frage gestellt. Es kann sehr leicht sein, daß das nicht russische Petersburg in dauernde Ungnade gefallen ist und daß die Kaiserfamilie, ohne die Residenz zu berühren, nach Peterhof zurückkehrt. Daß übrigens der Moskauer Patriotismus in das überschwänglichste Licht gestellt wird, beweisen die Depeschen der Regierungsblätter, und daß es damit auch nicht weiter her ist als mit dem aller anderen getreuen Städte des Reichs, beweist das strenge Verbot, das an alle Zeitungsredactionen ergangen ist, die Rede des Moskauer Stadthauptes Tschitscherin, welche derselbe bei der Festfeier gehalten und in der er die liberalen Hoffnungen ausdrückte, zum Abdruck zu bringen oder auch nur ihrer mit einem Wort Erwähnung zu thun. Davon soll nichts bekannt werden, weder oben noch im Auslande.

* Die Schwarze Meer-Flotte ist nunmehr auf das Allerauthentischste als die Wiege der künftigen maritimen Größe Rußlands anerkannt worden. Ein aus Anlaß der hundertjährigen Jubelfeier ihrer Existenz an dieselbe gerichtetes kaiserliches Patent spricht in den huldreichsten Ausdrücken von ihrer ruhmvollen Vergangenheit, sowie von ihrer hoffnungsstrahlenden Zukunft. Der Inhalt des kaiserlichen Schreibens gipfelt in dem Hinweis auf die heldenmüthige Vertheidigung Sebastopols und in der Aufforderung: „die tapfere Flotte solle aufs Neue den ihr auf dem Felde der Ehre gebührenden Rang einnehmen."

* Ein rumänisch-türkischer Conflict scheint im Anzuge, der mit einer Sensationsnachricht aus Macedonien zusammenhängt. Der Vali von Monastir hat nämlich dort den schon mehrfach genannten rumänischen „Apostel" Margarit verhaften und nach Salonichi abführen lassen, weil er in Macedonien rumänische Propaganda machte. Aus den bei ihm gefundenen Correspondenzen soll hervorgehen, daß er in directer Verbindung mit dem Minister Bratiano, der rumänischen Gesandtschaft in Konstantinopel und dem Consulate in Salonichi gestanden, von denen ihm große Summen zur Verfügung gestellt wurden, um Parteigänger für die rumänische Sache zu gewinnen. Außerdem hatte Margarit die Verfügung über eine geheime Casse für „unvorhergesehene Fälle"; „cassa secreta pentru circonstantele" hieß es in einem vom rumänischen General-Consulat in Salonichi an Margarit gerichteten Schreiben. Das wichtigste Stück der beschlagnahmten Correspondenz ist aber ein Brief, der von einer hohen Persönlichkeit in Jassy stammt. Es ist darin von einem Geheimcomité die Rede, das Alles vorbereitet habe, damit im October der Aufstand in den Balkanländern ausbreche, wozu sechs Millionen Francs bewilligt worden seien. Margarit müsse aber Alles aufbieten, um den Einfluß Griechenlands in Macedonien zu vernichten. Einige Tage nach der Ankunft Margarit's im Gefängnisse zu Salonichi ward er auf einen Befehl aus Konstantinopel provisorisch in Freiheit gesetzt. Er wohnt nun in Salonichi im rumänischen Consulat, wo ihm die türkischen Behörden nichts anhaben können.

* Aus Calais und Saint-Pierre werden Zwistigkeiten zwischen deutschen und französischen Arbeitern signalisirt. In beiden Orten besteht eine schwungvoll betriebene Gewebe-Industrie; namentlich Tüll wird daselbst in erheblichen Quantitäten hergestellt, und ist eine große Anzahl deutscher Arbeiter in dieser Branche beschäftigt. Voriges Jahr nun machte einer der deutschen Arbeiter anläßlich des Sedanfestes seinen patriotischen Empfindungen wohl etwas zu rückhaltlos Luft, und seitdem soll zwischen den deutschen Arbeitern und ihren französischen Collegen eine Animosität herrschen; letzthin mußte die Polizei in Calais Maueranschläge entfernen, welche eine drohende Sprache gegen die „Prussiens" führten.

* Die spanische Justiz macht mit den in ihren Händen befindlichen notorischen Mitschuldigen an den Unthaten der „Mano Negra" wenig Umstände. In Xeres hat am 27. v. M. das Verhör der Anarchisten begonnen, welche des Mordes, Raubes, der Brandlegung und Agrarverbrechen beschuldigt sind, die auf Anordnung der „Schwarzen Hand" begangen worden sind. Diese Gesellschaft soll noch bestehen, da die Agrarverbrechen noch fortdauern und sich unter dem Landvolk noch immer ein Geist der Unbotmäßigkeit zeigt. Noch in letzter Zeit wurden Einschüchterungsversuche gemacht, um die Grundeigenthümer von der Verwendung portugiesischer Arbeiter abzuschrecken, welche zur Erntezeit alljährlich herbeiströmen. Achtzig Anarchisten, von welchen die meisten ihre Verbrechen cynisch eingestanden haben, werden in Gruppen von den gewöhnlichen Gerichtshöfen verhört werden. Der Staatsanwalt stellte den Antrag, daß gegen 34 Gefangene, die sich des Mordes unter den gräßlichsten Umständen schuldig gemacht haben, das Todesurtheil ausgesprochen werde. Gegen die Uebrigen werden lange Freiheitsstrafen verhängt werden. Die öffentliche Meinung in den noch von der anarchistischen Propaganda heimgesuchten Gegenden dringt in die Regierung, der Ausbreitung dieser verbrecherischen Associationen durch strenge Bestrafung der Mitglieder der „Schwarzen Hand" entgegenzuwirken, von der alle Verbrechen, die um Xeres begangen werden, herrühren. — Die „Expedition" der Redaction des Madrider Journals „El Dia" nach Marokko wird jetzt officiös als eine rein „wissenschaftliche" bezeichnet, welche jeglichen Conflicten mit den Engländern aus dem Wege gehen wolle. Literarischer Begleiter derselben soll ein Senor Saturnino Gimenez, ein spanischer Feuilletonist, sein. Der „Dia" betont die Weisungen, die Westküste und insbesondere die Gegenden von Iouan Saan und Santa Cruz de Mar Pequena zu besuchen. Das erwähnte Blatt drückt die Hoffnung aus, daß bei Empfang von Aufschlüssen über das Land der spanische Handel sich beeilen werde, vor Allem Beziehungen mit den eingeborenen Stämmen von Sus und Wad Nun und später mit ganz Marokko herzustellen. Das Blatt richtet an die Rheder von Barcelona und andern Häfen eine Aufforderung, in Marokko dem spanischen Handel ein Absatzfeld eröffnen zu helfen, wie solches Spanien gebühre. „Dia" veröffentlicht ferner einen Brief aus Tanger, dessen Schreiber sich in bitteren Ausdrücken über die Vernachlässigung spanischer Interessen an diesem Orte beklagt. Er betont, daß einige Kohlengruben in der Umgegend jüngst in britischen Besitz übergegangen sind, und weist zum Schlusse naiv darauf hin, daß der Sultan seine Oberhoheit über dieses Gebiet lediglich einem militairischen Spaziergang verdanke. In militairischen wie in Handelskreisen Spaniens sieht man dem Fortschreiten der Expedition und der spanischen Politik in Marokko überhaupt mit lebhaftem Interesse entgegen.

* Die jüngsten alarmirenden Stimmungsberichte egyptischer Provenienz haben auf das kaltblütige Temperament John Bull's keinen merklichen Eindruck hervorgebracht. Es handelt sich bekanntlich um einen, von den Eingeborenen im Schilde geführten Massenmord, dem alle Fremden, namentlich aber alle Engländer am Jahrestage der Beschießung Alexandriens zum Opfer fallen sollten. „Reuter's Office" hat sich ein leuchtendes Verdienst um die Menschheit erworben, daß sie dieses Complot schon jetzt, also genau volle sechs Wochen vor dem ominösen Datum (11. Juli 1882), ans Tageslicht zog. Das englische Obercommando in Egypten hat also Zeit genug, Gegenvorkehrungen zu treffen und eventuell eine neue Flotte und ein neues Heer heranzuziehen. Die Hauptsache ist aber, daß aller Welt aufs Neue zu Gemüthe geführt wird, wie dringend nothwendig es im Interesse des Friedens und der Ordnung im Orient ist, daß England seine Position am Nile behauptet — eine Erkenntniß, zu welcher man sich in Paris noch immer nicht so recht aufzuschwingen vermag.

Zur Lage.

H. Berlin, 1. Juni. Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers hat gestern ein Ministerrath stattgefunden, über den die widersprechendsten Nachrichten in politischen Kreisen circuliren. Die Einen wollen wissen, daß die Frage, ob eine kirchenpolitische Vorlage noch in dieser Session an das Abgeordnetenhaus gelangen wird, den Ministerrath beschäftigt hat. Diese Mittheilung ist jedoch nicht zutreffend. Wie bereits erwähnt, wird der Reichskanzler, dessen augenblicklicher Gesundheitszustand, wie ich Ihnen gestern gemeldet, keineswegs ungünstig ist, sich demnächst nach Kissingen begeben, von wo er nach beendeter Cur nach Varzin übersiedeln wird. Da die Abwesenheit des Fürsten Bismarck von Berlin ziemlich lange währen wird — man nimmt an, daß er erst im Spätherbst nach Berlin zurückkehren wird — so ist es natürlich, daß er das Bedürfniß fühlte, mit den verschiedenen Ressortchefs eingehend über die schwebenden Fragen der inneren Politik zu conferiren, ihnen seine Wünsche mitzutheilen und die nöthige Directive für ihre weitere Thätigkeit zu geben. Es sind daher im gestrigen Ministerrath die verschiedensten Gegenstände zur Berathung gekommen. Während in den Herrn v. Puttkamer nahestehenden Kreisen die Ansicht besteht, daß alle Differenzen zwischen ihm und dem Reichskanzler abgethan seien, vernimmt man andererseits, daß auch gestern aus Anlaß der Verwaltungsgesetze Discussionen, die keineswegs einen friedlichen Charakter trugen, stattgefunden haben. Fürst Bismarck scheint die Meinung seines ministeriellen Vetters, daß alle, die an dem Zustandekommen dieser Gesetze mitgewirkt haben, sich ein Denkmal, dauernder als Erz, errichtet haben, nicht zu theilen. Die Gründe dafür sind allerdings nicht recht ersichtlich, denn liberale Grundsätze sind in den Verwaltungsgesetzen nicht enthalten und die reactionärsten Mitglieder des Abgeordnetenhauses haben dem Gesetze zugejubelt. Es ist daher heute wieder mehr als gewöhnlich davon die Rede, daß die Stellung des Herrn v. Puttkamer arg erschüttert ist. Was nun das kirchenpolitische Gesetz anbelangt, so ist dessen Vorlegung allerdings geplant. Die Regierung ist sich, obwohl die Antwort der Curie noch immer nicht eingetroffen ist, vollkommen darüber klar, daß nunmehr die Zeit gekommen ist, selbstständig mit der Lösung der kirchenpolitischen Wirren vorzugehen, denn sie zweifelt nicht mehr daran, daß die Verhandlungen wieder einmal gescheitert sind. Die Vorlage ist übrigens bereits seit längerer Zeit, seit etwa zwei Monaten fertig gestellt und unsere Leser werden sich erinnern, daß wir damals, obwohl es von officiösen und nichtofficiösen Blättern auf das Entschiedenste bestritten wurde, an der Ansicht festhielten, daß Fürst Bismarck ein kirchenpolitisches Gesetz vorbereite, das für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen dem Landtage zugehen sollte. Ueber den Inhalt dieses Gesetzes ist Positives nicht bekannt geworden, doch darf man wohl die Ansicht, daß es lediglich Verschärfungen der Maigesetze enthalten wird, als eine Ausgeburt der erregten Phantasie ultramontaner Politiker bezeichnen. Diesen Herren kommt ein selbstständiges kirchenpolitisches Gesetz in diesem Moment sehr wenig gelegen, denn sie glaubten nicht, daß die Regierung mit einem solchen jetzt noch an den Landtag kommen werde und hofften, gestützt auf die innere politische Lage, die dem Kanzler nicht gestattet ohne Rücksicht auf das Centrum zu operiren, einen Druck auf die Regierung ausüben zu können. Eine vollständige Regelung der kirchenpolitischen Frage ist in dem erwarteten Gesetz nicht bezweckt; es wird Milderungen in Betreff der Anzeigepflicht enthalten, welche eine Seelsorge ermöglichen. Ruhige und verständige Katholiken werden der Regierung für ein solches Gesetz Dank wissen und werden darin einen erneuten Beweis für die Friedensliebe Preußens erblicken. Es ist zweifellos und wird selbst von der „Germania" zugestanden, daß Fürst Bismarck mit allen Kräften dahin strebt, alle Härten der Maigesetze aus denselben zu entfernen. Er selbst hat die letzte Note, die eine so unzutreffende Auslegung erfuhr, redigirt und ist, wie wir bei deren Publication ausführten, darin bis an die äußerste Grenze gegangen. Jeder Schritt weiter wäre eine Verletzung der staatlichen Autorität

SLUB
Wir führen Wissen.